

Der Vorwärts

Sozialdemokratisches Organ für den Regierungsbezirk Merseburg.

Die „Vollstimme“ erscheint täglich abends (mit Ausnahme der Sonn- und Festtage). Verantwortlicher Redakteur für den Teil Kohlesal und Provinzialteil Carl Wendemuth, für die Inserate Rudolf Rodowski, Halle, für den übrigen Inhalt Otto Krellin, Leipzig. — Verlag der Vollstimme G. m. b. H., Halle, Große Ulrichstraße 27. — Druck Große Presse G. m. b. H., Leipzig, Königstr. 5. Bezugspreis: Monatlich 1 Mark, beim Abholen von der Expedition 90 Pfennig. Bei den Volkshilfsvereinen vierteljährlich 2.70 Mark, jährlich 10 Mark. — In der Expedition gebührt: Die Postkollektoren 20 Pfennig, Inserate 0. auswärts 25 Pfennig, im Restamtzeit 30 Pfennig. Fernsprechtage u. Expedition: Halle, Große Ulrichstraße 27, Fernspr. 8407 — Zeitungspreisliste Seite 41f.

№. 19. Halle, Mittwoch den 23. Januar 1918. 2. Jahrgang.

Das Verbot des Vorwärts vor dem Hauptauschuss.

Der Vorwärts liegt am Dienstagmorgen diese Benachrichtigung verbreiten:

An unsere Leser!

Lauf Verfügung des Oberkommandos in den Marken ist das Erscheinen des Vorwärts zunächst auf drei Tage verboten.

Es ist uns gestattet, unsere Leser von der Tatsache des Verbots mit der Maßgabe zu benachrichtigen, daß das Verbot „wegen Nichtbeachtung einer allgemein gültigen Zensurverfügung“ ausgesprochen worden ist.

In der Sitzung des Hauptauschusses am Dienstag brachte Abgeordneter G e r t das Verbot des Vorwärts zur Sprache. Ausgeredet in den Tagen, in denen wir hier über die Zensur verhandeln, erfolgt ein solches Verbot, das den ganzen Beschwern die Krone aufsetzt. In Oesterreich-Ungarn spielen sich Dinge von einflussreicher Bedeutung ab. Wegen der Kürzung der Mehlration kam es in Wien zu Demonstrationen, die sich rasch über die beiden Reiche ausbreiteten und schließlich einen politischen Charakter annahm. Am Freitag stand in beiden Ländern das Wirtschaftsleben vollkommen still. Der Protest der Arbeiterchaft in Oesterreich-Ungarn richtete sich insbesondere gegen die Rede, die General Hoffmann in Press-Wiener gehalten hatte. In der ganzen Welt wären diese Vorgänge bekannt, nur in Deutschland erfährt man nichts davon. Wir waren von Oesterreich-Ungarn vollständig abgeschnitten, dennoch kamen Gerüchte über die Vorgänge nach Deutschland und verdrängten sich zu der Hauptsache in Prag und in Budapest bei es zu Streikbewegungen. In Berlin Anstaltsärztin Amt mußte man Sonderbeweise von all diesen Dingen am Sonntag nichts. Informationen konnten den Vertretern der Parteien nicht gegeben werden. Dagegen wurde am Sonntag vormittag der Presse erneut verboten, über die Vorgänge etwas zu bringen. Dagegen durfte die Erklärung des Grafen Czernin veröffentlicht werden, aus der man auf die Vorgänge schließen konnte. Der Vorwärts, von allen Seiten bestimmt Aufklärung zu geben, brachte dann die Rede Albers und anderer Abgeordneten im Bundestag des österreichischen Reichstages. Andere Wähler haben das ebenfalls getan und die gehaltenen Reden sofort zu einer Rede gegen die Sozialdemokratie ausgenutzt. Diesen Wählern ist nichts in den Weg gelegt worden, der Vorwärts aber wurde verboten. In Wien einseitige parteiliche Vorgehen liegt eine Propaganda der sozialdemokratischen Partei und der gesamten deutschen Arbeiterchaft. Wie kann das Ausland Vertrauen in die deutsche Presse haben, wenn ihr die Mitteilung solcher Tatsachen verboten wird, und das in einer Zeit, in der die Arbeiterchaft ungeduldig gegen Oesterreich stehen. Der Reichstag ist es geradezu seiner Würde schuldig, gegen dieses Vorgehen den allerhöchsten Protest zu erheben. Wir haben schon

am vorigen Mittwoch gegen die Rede des Generals Hoffmann im Hauptauschuss protestiert, allerdings ist diese Verhandlung für vertraulich erklärt worden und kam deshalb nicht in die Öffentlichkeit. Wir begrüßen das Vorgehen des Protokollrats in Oesterreich und in Ungarn und drücken ihm unsere volle Sympathie aus. Sie dürfen versichert sein, wenn es sein muß, wird die deutsche Arbeiterchaft ihre ganze Kraft daran setzen, um zu verhindern, daß die Verbreitung zur Herbeiführung eines baldigen Friedens der Verständigung und des Rechts nicht durchkreuzt werden.

Major Graf erklärte, die Nachrichten aus Oesterreich seien derart widersprechend gewesen, daß ihre Veröffentlichung deshalb nicht zugelassen werden konnte. Das Verbot des Vorwärts ist erfolgt, weil er wiederholt gegen Zensurvorschriften verstoßen habe.

Abg. Scheidemann stellt fest, daß die Behauptung nicht zutreffend ist. Der Vorwärts hat lediglich die Rede Albers gebracht und damit dem deutschen Volk einen großen Dienst erwiesen. Redner sagt noch: Vergessen Sie nicht, daß die Zustände bei uns denen in Oesterreich vor Ausbruch des Ausstandes gleichen. Spielen Sie nicht mit dem Feuer. Der Redaktionsrat des Vorwärts ist lediglich zwei Stunden vor dem Verbot Vorbesicht haben gemacht worden, daß sie das Zensurverbot verlegt hätte.

Abg. Saale regt an, festzustellen, ob die Zensur überhaupt das Recht hatte, die Nachrichten aus Oesterreich zu unterbrechen. Ein Vertreter des Auswärtigen Amtes erklärt auf eine Anfrage, daß man in kurzer Zeit kein Material über die Vorgänge in Oesterreich erhalten könne. Die Verhandlungen wurden darauf bis gegen 6 Uhr unterbrochen.

Die ursprünglich für Montag geplante Verprechung des Staatssekretärs v. S i l l m a n n mit den Führern der Reichstagsfraktion fand gestern nachmittag fünf Uhr statt.

Zur Donnerstag bleibt es bei der angekündigten Rede des Reichskanzlers. Zum selben Tage ist der unwürdige Ausbruch der österreichischen Delegation einzuweisen, in welchem Graf Czernin wichtige Erklärungen abzugeben beabsichtigt.

Zu den Vorgängen in Oesterreich-Ungarn.

Aus Wien wird vom 22. Januar berichtet: In Abgeordnetenhause beantwortete Ministerpräsident v. Seidler zunächst Interpellationen der deutschen und tschechischen Abgeordneten betreffend die Prager Entschädigung und führte aus:

Die Entschädigung steht mit den dynamischen und patriotischen Grundgedanken der Oesterreicher nicht im Einklang. Sie strebt das Selbstbestimmungsrecht an unter Ausübung des bisherigen Staatsverbandes. Eine solche Auffassung werde von jedem Oesterreicher mit Bewußtsein zurückgewiesen und müsse von jeder österreichischen Regierung in allen Mitleidenschaft werden. (Leb. Beifall und Händeklatschen.)

Wir erziehen, fuhr der Ministerpräsident fort, einen ehrenvollen Frieden, der uns und unseren Verbündeten für alle Zeiten fester Bestand verleiht. Wir erziehen ihn im Geiste der Gerechtigkeit und Verschönerung, aber auch innerer Einheit und Festigkeit, die den Gegnern die Machtlosigkeit ihrer Bergezwangsmittel vor Augen führen wird.

Die Ausnahmewirtschaft hat zwar keinen ausbreitenden Charakter, aber doch bedeutende Folgen annehmen. Die Regierung hat kein Bedenken getragen, besonders auf dem Gebiet des Lebensmittelverkehrs die seit langem erzwungenen Reformen zuzulassen. Die Durchführung werde zu geschehen, daß der nationale Bestand gewahrt werde (Lärm und Wohlwollen bei den Zuhörern), und daß die berechtigten Ansprüche aller Völkerteile im Rahmen des Möglichen ihre Befriedigung finden. Willkürliche Meinungsverschiedenheiten müßte hinter dem gemeinsamen Gedanken zurücklassen, das der Friede sei in Gefahr! Die Regierung verzichte ihre kaiserlichen Aufgaben nur zu erfüllen, wenn sie in einer harten Bollwerksetzung einen starken Rückhalt finde. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)

Wien, 22. Januar. Die deutsch-nationalen Parteien des Abgeordnetenhause haben beschlossen, sich zu einem Verbande zusammenzuschließen, der den Namen Verband der deutsch-nationalen Parteien im österreichischen Abgeordnetenhause führt. Der neue Verband zählt 44 Mitglieder.

Eine Arbeiterordnung beim ungarischen Ministerpräsidenten.

Ministerpräsident Dr. Weleky empfing eine Arbeiterordnung, die eine Denkschrift mit den Wünschen der Arbeiter-

versammlungen überreichte. Der Denkschrift zufolge drückten die Arbeiter den Wunsch aus, daß die auswärtige Vertretung der Reichsregierung einen anregungslosen, auf dem Selbstbestimmungsrecht der Völker beruhenden Frieden ehe baldigt abschließen, daß der Abgeordnetenhause unterbreitete Wahlrequisitenliste ohne Verzögerung verhandelt werde, und daß, falls die Rigorose die Friedegebung verhindern sollte, das Sans aufgegeben werde. Sodann wünschten die Arbeiter eine gerechte und billige Verteilung der Lebensmittel und Bekleidungsartikel an die Arbeiter.

Der Ministerpräsident verwies bezüglich des Friedensschlusses auf die bekannte Erklärung des Grafen Czernin und fügte hinzu, daß die ungarische Regierung die Friedenspolitik mit voller Kraft unterstützen werde. Der Ministerpräsident bemerkte jedoch, daß Ereignisse, wie der Streik, die Friedensverhandlungen ernstlich gefährden, falls die Arbeiter ein Zustandekommen des Friedens wünschten, müßten die entlassenen Betriebsführungen sofort eingestellt werden. Bezüglich des Wahlrechts wiederholte der Ministerpräsident die Versicherung, daß die Regierung mit dem Wahlrecht strebe und falls, sie werde alles tun, um das Zustandekommen des Gesetzes zu beschleunigen. Falls für das Wahlrecht keine Mehrheit im Reichstag ein Zustandekommen erlangt werden könne, werde die Regierung an die Wähler appellieren. Was die Lebensmittelfrage betrifft, sagte er, so ist die Regierung zu energischen Maßnahmen entschlossen, um der durch den Krieg bewirkten schwierigen Verhältnisse Herr zu werden und eine genügende Versorgung mit Lebensmitteln herbeizuführen. Die Regierung, so fuhr der Ministerpräsident, gibt die Erklärung unter keinerlei Druck von außen ab, sondern um Mißverständnisse zu zerstreuen, welche mannschaft zu Betriebsbestimmungen geführt haben. Die Regierung erwartet, daß die Arbeiter nunmehr zur Arbeit zurückkehren.

Der Führer der Arbeiterordnung nahm die Antwort des Ministerpräsidenten zur Kenntnis, dankte und drückte die Hoffnung aus, daß die Arbeit nun in sämtlichen Betrieben aufgenommen werden würde. Am Montag früh wurde in jenen Verhältnissen, wo der Betrieb unterbrochen gewesen war, die Arbeit wieder aufgenommen.

Massenstreik in Oesterreich.

Nach insulischen eingangenen Meldungen ist in Wien die Arbeit am Montag wieder aufgenommen worden.

E. M. R. Während die großen Berliner Wähler sich noch mit dem Artikel des Wiener Fremdenblatt gegen den Fürsten Bülow und seine angelegliche Aktion wider Kühnmann beschäftigten, entwickelte sich in Wien mit blühartiger Schnelligkeit eine innere Krise, gegen deren Schärfe das ganze parlamentarische und außerparlamentarische Publikum in völliger oder halbunten als geringfügig erschienen muß.

Schon der deutsch-österreichische sozialdemokratische Parteitag gegen Ende Oktober vorigen Jahres hatte eine starke Mobilisierung der Arbeiterchaft erkennen lassen. Wenn es auch in Oesterreich nicht zur Parteipaltung gekommen ist, so scheint doch die radikale Wiedereinstellung gerade seit der Entlassung Friedrich Albers erhebliche Abnahme gewonnen zu haben. Zugewinnen hat die Opposition durch die Rückkehr Otto Bauers aus Rußland einen gefügigen Führer von höchster Bedeutung erlangt, der überdies — wie die unter dem Pseudonym „Geinrich Weer“ erschienene Schrift über die russische Revolution zeigte — sich stark in solidarisierender Gedankenführung auszeichnet. Otto Bauer vor der Krise allgemein als der „Gewüring“ der Partei galt und als Fraktionssekretär und Redakteur des Kampf nicht eine sehr hohe, ungreife Stellung hatte machte es um so größeren Eindruck, als ihm jetzt als Gegner der Parteimehrheiten in den freitragenden Ländern zu sehen.

Die Ernährungsverhältnisse in Oesterreich sind infolge der höchst kümmerlichen Hilfe des reichen Ungarn, infolge ihres verspäteten und in der Durchführung immer wegen Eingreifens der Regierung viel schlechter noch als in Deutschland, der Gegenstand zwischen den Ernährungsbedingungen der Vegetarier und der harten Not des Brotes, ist bis weit hinauf in Mittelstand und Beamtentum tief aufzuzeigen, der Schicksalshand überaus trübselig. Anknüpfend an die Anteilnahme an dem Bericht der Verhandlungen von Press-Wiener noch weit größer, als bei uns. Als die in der letzten Zeit wiederholt vor ersten Bedenken standen, zu so scheitern drohen, als in Berlin jene Konferenzen stattfanden, deren Ergebnis von den Erprobungsstellen für sich reklamiert wurden und als insbesondere das bekannte Auftreten des Generals Hoffmann gegenüber den Russen erfolgte, bemächtigte sich der Arbeitermoralen in Wien und Niederösterreich eine rasch wachsende Erregung, die hell aufflammte, als das Ernährungsministerium sich zu einer erheblichen Herabsetzung der Mehlration gewungen sah. Man muß dabei bedenken, daß die Wohlhaben in Oesterreich nicht eine Reduzierung, sondern eine unentbehrliche Volksnahrung sind, daß die Arbeiterchaft nur 3 Pfund beträgt und daß an öfteren Fickelgenuss nur noch Leute mit höherem Einkommen denken können.

Die sozialdemokratische Partei, die schon seit dem Parteitag im ganzen Staat Friedensveranstaltungen veranstaltet hatte, die starken Bestand fanden, leitete nun eine neue Kampagne demokratischer Versammlungen ein und ergriffte in ihrer Praxis einen härteren Bestand gegen Graf Czernin als den Vater der autokratischen Plans und gegen das deutsche Vorgehen in Press-Wiener. Trotzdem traten den offiziellen Parteirechner am Sonntag, dem 12. d. M. in Wien mehrfach Oppositionelle entgegen. Deutschnationale „Siegfriedens“-Versammlungen wurden von sozialdemokratischen Arbeitern majorisiert und in Friedenskundgebungen verwandelt.

Am Dienstag und Mittwoch voriger Woche brachen zuerst in Wiener Neustadt und im niederösterreichischen Metallindustriegebiet spontan Streiks aus, die rasch auf Wien übergriffen und am Freitag zum Generalstreik führten. Entgegen den Aufforderungen der Parteileitung schlossen sich auch die Transportgewerbe der Bewegung an. Man muß bedenken, daß die Metallarbeiter größtenteils unter Militärstrafe gestellt sind, um die Energie ihres Auftretens wirksam zu können. Auch die Buchdrucker schlossen sich an. In Wien erschien am Sonntag, wie es heißt, nur die Arbeiter-Zeitung als ausschließliches Nachrichtenblatt, es scheint auch der Telegraf- und Telefonbetrieb in Mitleidenschaft gezogen gewesen zu sein.

Die Parteileitung hat öffentlich festgestellt, daß der Ausstand ohne Willen und Wissen der Organisationsausgewählten ist. Nach ihrer Meinung kann die Krise nur beigelegt werden, wenn die Regierung

1. volle Sicherheit gibt, daß die Friedensverhandlungen nicht an territorialen Forderungen scheitern (inswischen hat Graf Czernin eine solche Erklärung abgegeben) und wenn die Vertrauensmänner der Arbeiter dauernd über die Verhandlungen auf dem Laufenden gehalten werden,
2. der Versorgungsdienst gründlich umgestaltet, so daß die Selbstverleger der übrigen Bevölkerung gleichgestellt werden und das Mähen auf eigene Rechnung verboten wird,
3. die Einführung des allgemeinen, gleichen, direkten und

... sein wird, und ob es ebenso noch den Wünschen und Interessen der ...

* Eine gemeinnützige Gesellschaft zur Beschaffung einleuchtender ...

* Der Kaiserliche Studienrat. Eine Veranlassung ...

* Die vergestellten Hilfsbeamten. Aus Beamtentreffen gehen dem ...

* Mängel an den Marmeladen. Alle Marmeladen müssen überdacht ...

* Ueber die Schiffsregeln gibt der Meeresamt nachfolgende Mittheilungen ...

* Die Waisenkinder. Unter diesem doppelten ...

* Frauenvereine des Reichs. Am 16. Januar ...

* Die deutsche Affenbruterei löst für 1916/17 auch die ...

* Die Abwesenheit ...

* Tabak ...

* Unfall. Ein 68-jähriger ...

Aus der Provinz.

Angledingische Marmeladenbereitung.

Die Reichsstelle für Gemüse und Obst schreibt: Die Marmeladenbereitung ...

Da kann die Provinz nicht rechtzeitig die für übertragene ...

Wer alle diese Umstände, zu denen noch viele andere Schwierigkeiten ...

Reisenbahnen für Privatbetriebe.

Zur Feststellung des Bedarfs an Feld-, Klein- und Förderbahnen ...

Die Verwendung derartiger Transporteinrichtungen scheint mir in der Provinz ...

Es wird in dem letztgenannten Falle für die Beteiligten ...

Wenn also derartige Anlagen aufzubauen, stellt sich ...

Die Fortsetzung der Stiefungsprämien.

Eine Verordnung des Ministerpräsidenten des Kaiserreichs vom 24. Dezember 1917 ...

erhöht sich ...

... Stiefungsprämien ...